

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

264 (12.11.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Die 10gepalte Millimeterseite kostet 12 Pfennig. Belegblätter sind an jeder Stelle zu haben. Die Redaktion ist an jeder Stelle zu haben. Die Redaktion ist an jeder Stelle zu haben.

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Oberpostamt 2.20 Mark o. Durch die Post 2.66 Mark o. Einzelerwerb 15 Pfennig o. Erschließung 6 mal wöchentlich vom 11. bis 17. Uhr o. Postkontos 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkshaus-Milieu: Durach, Hauptstraße 9; D. Baden, Jagdstraße 12; Kallat, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 2

Nummer 264 Karlsruhe, Mittwoch, den 12. November 1930 50. Jahrgang

Preislenkung oder Innungskomödie?

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun?

Wie wir gestern im Volksfreund mitteilten, hat am Montag der Reichsernährungsminister die deutsche Presse über die Ergebnisse einer Preislenkungsaktion für die wichtigsten Lebensmittel unterrichtet. Der Reichsernährungsminister Schiele hielt die Angelegenheit — und mit vollem Recht — für wichtig genug, um die Presse persönlich zu unterrichten. Man behauptete, daß er in diesem Augenblick zum erstenmal wirkliche und vernünftige Agrarpolitik gemacht habe. Das Ergebnis befriedigte nicht ganz. Immerhin wurde durch rasche Arbeit des Reichsernährungsministeriums für Schweinefleisch, Brot und Milch möglich gemacht, die Preise zu senken. Kartoffeln, andere Fleischsorten, Getreide, weiter für die Mehlarten u. a. m. gehen die Preise nicht so weit zurück. In der Nacht zum Montag wurde die Preislenkungsaktion in 24 Stunden durchgeführt, wie folgende Drahtmeldung unseres Reichsernährungsministeriums zeigt:

Die Preislenkungsaktion ist ein. Da die Preise für die wichtigsten Lebensmittel in den letzten Wochen stark gestiegen sind, hat die Reichsregierung beschlossen, die Preise für Schweinefleisch, Brot und Milch zu senken. Die Preise für Schweinefleisch sind um 10 Prozent gesenkt, die Preise für Brot um 5 Prozent und die Preise für Milch um 10 Prozent. Die Preise für Kartoffeln, andere Fleischsorten, Getreide, weiter für die Mehlarten u. a. m. gehen die Preise nicht so weit zurück. In der Nacht zum Montag wurde die Preislenkungsaktion in 24 Stunden durchgeführt, wie folgende Drahtmeldung unseres Reichsernährungsministeriums zeigt:

Dienstagmorgen einsetzten. Die Preise senkten sich für Schweine in der Klasse A von 70 auf 65 Mark und darunter, für Klasse C von 60 auf 55 Mark und darunter, für Klasse R von 68 auf 63-61 Mark. Diese Preisermäßigung ist natürlich keine Reaktion auf die zugelegte Schweinefleischpreisermäßigung. Sie ist konjunkturrechtlich begründet. Sie macht pro Pfund 5 Pfennig aus. In Wirtschaftlichkeit hat also das Fleischergewerbe mit der Schweinefleischpreisermäßigung von 5 Pfennigen gar keine Preislenkung gemacht, und es ist natürlich und verständlich, daß die Öffentlichkeit verlangt, daß die Preislenkung auf den Viehmärkten im Schweinefleisch zum Ausdruck kommt.

Auch darauf hat der Reichsernährungsminister Schiele eine eindeutige Antwort zu geben. Gerade ihm muß es ja widerstreben, daß sich durch die neuerliche Schweinefleischpreisermäßigung das Preisniveau vom Handel auf den Erzeuger, auf den Bauern verschiebt.

Das ganze Spiel muß die Regierung zwingen, unverzüglich und ohne jede Rücksicht den Stand der überhöhten Lebensmittelpreise aufzurollen. Die breiten Massen, vor allem die Arbeiter und Angestellten, haben ungeheure Lohnopfer gebracht, gerade die Effektivlöhne haben sich ganz gewaltig gehoben. Neben dem Tariflohnabbau liegen die gegenwärtigen Krisenlöhne gegenüber den Konjunkturlöhnen um 20, 30 und mehr Prozent zurück. Der Regierung muß es klar sein, daß die Massen, die dieses Opfer gebracht haben, nachdrücklich daran erinnern, daß das von der Regierung gegebene Wort einer Preislenkung nicht Theater und Komödie gemeint ist. Die Arbeiterschaft steht neben ihren legitimen Aufgaben auch in dieser Hinsicht vor entsetzlichen Kämpfen. Der Berliner Schiedsgerichtspräsident muß ein entscheidendes Echo im ganzen Reich finden.

Die starke Empörung, die der Spruch ausgelöst hat, muß als Sturmloch gegen die Preislenkung angesehen werden. Empörung und Mut müssen den Preisruß in Bewegung bringen. Hier liegt vielleicht eine Chance der Arbeiter. Ein Volkssturm muß den Preisabbau erzwingen. Das Echo des Hungerstreiks muß lauten: Herunter mit den Hungerpreisen! Die bisherigen Mitteilungen über den Preisabbau sind nur als bescheidener Anfang betrachtet werden. Die Preislenkung für Fleisch, Milch und Brot in Berlin muß in der Provinz und zwar verläßt fortgesetzt werden und andere Lebensmittel und Bedarfsartikel müssen (neben den hohen Mietpreisen in Neubaugemeinden) folgen.

Die künstliche und unangenehme Ausweitung der Handelspanne, die besonders auf das Konto der beiden letzten Jahre kommt, muß wieder zurückgedrängt werden; die Lebensmittelpreise im Einzelhandel müssen billiger werden, wenn die Lohn- und Gehaltsforderungen ohne größeren Schaden getragen werden sollen. Viel mehr als bisher ist bei Brot und Fleisch wie auch bei den anderen Lebensmitteln die Marktpreislenkung herzustellen, wie sie im Großhandel längst eine

Alltätigkeit ist. Die Oberbürgermeister der deutschen Städte haben bei ihrem Besuch zu Ende der letzten Woche beim Reichsernährungsminister versprochen, an der Preislenkung mitzuwirken; für sie bietet sich ein sehr einfaches aber wirkungsvolles Betätigungsfeld durch möglichstige Förderung von Preisveröffentlichungen und Preisvergleichen. In diesem Zusammenhang muß auch an die Justiz ein offenes Wort gerichtet werden. Sie könnte vielfach eingreifen und so den volkswirtschaftlichen Prozeß, zu normalen und erträglichen Preisen zu kommen, fördern. Es ist notwendig, durch Preisvergleiche die Preislenkung zu ermöglichen. Darum sind Preisvergleiche das wichtigste Mittel im Kampf gegen hohe Preise.

Wenn wir zu einer Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse kommen wollen, dann ist neben Forderungen auf anderen Gebieten der Kampf gegen den Wucherpreis einer der ersten Gebote. Herunter mit den Preisen! muß daher unsere Forderung lauten, indem wir gleichzeitig um daneben werden, daß der Lebensstandard der Arbeiterschaft auf ein unerträgliches Niveau heruntergeschraubt wird.

Der Berliner Metallarbeiterverband hat die Löhne zu kürzen, das war bei der riesigen Arbeitslosigkeit und der leider so großen Organisationslosigkeit ein Kinderpiel gegen die Widerstände, die sich gegen eine Kürzung der Lebensmittelpreise im weitesten Sinne erheben. Hier kann kein Schlichtungsversuchen eingreifen, kein Schiedsgericht entscheiden. Der „Interessentenbauern“ ist der Regierung Brüning gegenüber weit härter als die Arbeiterschaft. Umso mehr muß die Reichsregierung jetzt sehen, daß sie nicht einseitig orientiert ist. Was bisher in der Preislenkung geschah, ist nur ein Vorspiel dessen, was wir hier weiter erwarten.

Der Vorgang in der Berliner Metallindustrie bietet jedoch dem immer noch indifferenten Teil der Arbeiter, Angestellten und Beamten ein so deutliches Anschauungsunterricht über die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung, daß die Hoffnung auf eine gründliche Selbstbelehrung und damit auf eine bedeutende Verbesserung der Position der großen Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger als Schaffende wie als Verbraucher nicht verfehlt sein kann.

Nachdem man mit dem Lohnabbau in Berlin so rasch vorging, ist die Preislenkung das Zentralproblem in unserer Wirtschaft geworden. Die Regierung hat den Lohnabbau mit dem Preisabbau sanktioniert. Der Reichsminister hat dem gesamten deutschen Volk sein Wort für die Preislenkung gegeben. Dieses Wort muß der Reichsminister einlösen. Er darf nicht, wie die Berliner Brotfabrikanten gegen Treu und Glauben handeln. Es geht ja auch nicht um Pfennigprozent, wie der Mittelstand das Preisproblem betrachtet, sondern um die deutsche Wirtschaft und um ihre Gesundung, von der alles abhängt.

Belgische Kabinettskrise
Liberaler Minister wegen Sprachenfrage zurückgetreten
Brüssel, 11. Nov. (Eig. Draht). Die Regierung Jaspers ist zurückgetreten. Obwohl es mit der Einigkeit der Regierung schon seit längerer Zeit nicht weit her war, kam der plötzliche Sturz am Tage des Wiederzusammentretens der Kammer doch einigermaßen überraschend. Der Anlaß zu dem Regierungssturz ist der alte Streit um die Sprachenfrage und insbesondere um die neuwählerische Universität in Gent.

Um dem Druck der flämischen Kreise nachzugeben, hatte der liberale Unterrichtsminister Vauthier vor einigen Tagen einen ministeriellen Erlass veröffentlicht, in dem er den Professoren der neuwählerischen Universität in Gent verboten hatte, gleichzeitig an der von französischen Elementen in derselben Stadt als Konkurrenz zur flämischen Universität errichteten französischen freien Hochschule Vorlesungen zu halten. Gegen diesen ministeriellen Erlass hat der Brüsseler liberale Parteiausschuß unter Führung des Oberbürgermeisters Max in seiner Montagsversammlung Protest eingelegt und die Zurückziehung des Erlasses gefordert. Vauthier weigerte sich, dieser Aufforderung Folge zu leisten, und legte sein Amt nieder. Seinem Beispiel folgten sofort die anderen liberalen Minister einschließlich des Außenministers Homans. Darauf begab sich Ministerpräsident Jaspers zum König, um ihn den Rücktritt des Kabinetts mitzuteilen. Der König hat sich keine Entscheidung zunächst vorbehalten.

Brasilien Urteil im Fall Baden
Der Kommandant der Baden habe die Hafenanweisungen nicht befolgt.
London, 11. Nov. (Eig. Draht). Das brasilianische Schiedsgericht, das den Fall des deutschen Dampfers „Baden“ zu untersuchen hatte, sprach die brasilianischen amtlichen Behörden von jeder Schuld frei, weil der Kommandant der „Baden“ die ihm erteilten offiziellen Hafenanweisungen nicht befolgt habe.

Reichskabinetts und Arbeitsstreckung
Berlin, 12. Nov. (Funkdienst). Das Reichskabinetts beschäftigte sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten mit den brennendsten Fragen der Preislenkung und Arbeitspolitik. Auch die Frage der Arbeitsstreckung, die Einführung eines weiten Schuljahres und die Frage der ausländischen Wanderarbeiter wurden vom Kabinetts beraten.

Gefallenenerhebung im Abrüstungsausschuß
Genf, 11. Nov. In der heutigen Vormittagsitzung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses unterbrach der Vorsitzende Landon um 11 Uhr die Verhandlungen, um die Mitglieder aufzufordern, allen Toten des Weltkrieges ein lüdes, kurzes Gedächtnis zu widmen. Landon erklärte: „Es ist heute der 11. November und 11 Uhr. Zu Ehren und zum Gedächtnis aller Toten des Weltkrieges bitte ich Sie, sich zu erheben und eine Minute andächtigen Schweigens den Toten zu widmen.“ Die Teilnehmer kamen dieser Aufforderung nach, erhoben sich von ihren Plätzen und verblieben ungefähr eine Minute in andächtigem Schweigen.

Hoover droht Friedensbrechern
New York, 12. Nov. (Funkdienst). Präsident Hoover hielt anläßlich des Waffenstillstandes eine Rede, der im Hinblick auf die Genfer Abrüstungsberatungen größte Bedeutung zukommt. Die amerikanische Regierung werde ohne vorher den Charakter ihrer Maßnahmen verbindlich festzulegen, vermittelnd ihre Hilfe anbieten, falls die Völker ihrer Verpflichtung, ausgebrochene Streitigkeiten friedlich zu regeln, nicht nachkommen wollten.

Manchester Guardian für Rückgabe Danzigs an Deutschland
London, 11. Nov. Der Manchesterer Korrespondent des Manchester Guardian schreibt zur Eröffnung der polnischen Eisenbahn nach Gdingen: Die Trennung Danzigs von Deutschland ist jetzt überflüssig geworden und es besteht kein wirklicher Grund, weshalb diese deutsche Stadt nicht an Deutschland zurückgegeben werden sollte.

Lohnabbau und Wüchserpreise

Der verhängnisvolle Schiedspruch im Berliner Metallkonflikt ist das Tagesgespräch der Berliner Arbeiterschaft. Der Spruch schlug wie eine Bombe ein. Uebereinstimmend stellte die Presse fest, daß in den Berliner Metallbetrieben recht deutlich die Empörung und Erregung der Arbeiterschaft zu spüren seien. Kein Wunder: denn dieser Spruch ist, von welcher Seite man aus ihn betrachtet mag, ein böses Ding. Auch „Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, d. h. also ein Organ, das dem Hauptverantwortlichen für die Entscheidung in der Berliner Metallindustrie politisch nahe steht, rückt deutlich von dem Schiedspruch ab. Das Blatt gibt ohne weiteres zu, daß der Spruch bei der Arbeiterschaft eine große Enttäuschung hervorrufen muß. Als Organ, das die Politik der Weimarer-Regierung verteidigt, ist ihm dies Zustandnis natürlich peinlich. Es versucht daher, den Deutschen Metallarbeiterverband zum Sündenbock zu machen. Dieser soll an dem Hungerspruch schuld sein, weil er die Vereinbarung zur Aufstellung eines Sondergerichts mit endgültiger Entscheidungsmöglichkeit abgeschlossen habe. Die Vereinbarung sei das Werk und die Folge einer „verfehlten Gewerkschaftstaktik“ gewesen. Die Kampfpfeiler seien umsonst gebracht worden. Der „Großenwahn“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes habe der deutschen Arbeiterschaft einen bösen Streich gespielt.

Wir verstehen — der Born der Arbeiter soll von den wirklich Verantwortlichen abgelenkt werden. Aber wie liegen denn die Dinge? Selbst wenn die Vereinbarung zur Aufstellung des Sondergerichts ein Fehler gewesen war, dann ist doch damit nie und nimmer das, was in dem Schiedspruch enthalten ist, richtig und gut. Und darauf kommt es an. Jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen ist, zeigt sich immer deutlicher, daß die 8 Prozent Lohnabbau, die der Schiedspruch vorseht, zweifellos eine Art Generalprobe der Regierung Brüning darstellen. Sie sind ihre große Lohnabbaurichtlinie und daran ändert auch nichts die Verschönerung der Schlichter, daß ihre Entscheidung keineswegs als eine Norm für Lohnsenkungen in anderen Gewerbezweigen und Orten angesehen werden können und dürfte. Die Schlichter mögen diese Uebersetzung haben. Tatsächlich wird jedoch ihre Entscheidung in der Praxis die Rolle einer solchen Norm spielen. Das — nicht für das gesamte Schiedsrichterkollegium, wohl aber für sehr maßgebende Stellen die 8 Prozent Lohnabbau von vornherein so gut wie beschlossene Sache waren, bestätigt die Erklärung eines Heimkehrers, wonach eine Lohnsenkung in Höhe von 8 Prozent mit sofortiger Wirkung geplant war, und die entscheidende Frage für ihn nur noch gelautet hat: „Sollt 8 Prozent durch Mehrheitsentscheidung oder wenigstens zeitliche Hinauschiebung eines Teils der Lohnsenkung durch einstimmige Entscheidung.“

Der wunde Punkt des Schiedspruchs — das wird auch vom „Deutschen“ ausgegeben, liegt darin, daß er auf einer Ermärkung aufgebaut ist —, daß eine Preisentwertung, die diesen Namen wirklich verdienen, eintreten werde. Das hebt auch „Der Deutsche“, das Organ der Christen, sehr nachdrücklich hervor.

Von einer solch einschneidenden Preisentwertung haben wir bis jetzt nichts gemerkt und selbst das bis jetzt in Verapredungen in dieser Hinsicht scheint noch sabotiert zu werden. Auf der einen Seite Lohnabbau, auf der anderen Wüchserpreise. Die Empörung der Arbeiterschaft ist daher mehr als begreiflich.

Stellungnahme des Beirates des Metallarbeiterverbandes gegen den Schiedspruch

Berlin, 11. Nov. Der Enere Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sich aus dem Vorstand und den Bezirksleitern zusammensetzt, nahm heute in einer den ganzen Tag andauernden Sitzung Stellung zu dem Spruch für die Berliner Metallindustrie. Der Verbandsvorsitzende Brandes betonte als Auffassung des Vorstandes, daß der Schiedspruch alle Erwartungen gewaltig enttäuscht und ein Gefühl der Empörung ausgelöst habe. Die Entscheidung der Schlichterkammer sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Auch die Begründung sei durchaus unbefriedigend.

Deute, Mittwoch, tritt der Erweiterte Beirat des Metallarbeiterverbandes zusammen.

Uebertritt zur Labour Party

London, 11. Nov. (Eia. Draht.) Lord Dickinson, früherer William Dickinson, ein bekanntes und hervorragendes Mitglied der liberalen Partei, ist zur Labour Party übergetreten. Dickinson war lange Jahre als liberaler Abgeordneter im Unterhaus und hat sich vor allem als früherer Präsident der Londoner Stadtverwaltung große kommunalpolitische Verdienste erworben, die ihm den Titel eines Lords verschafft haben. Dickinson ist einer der Gründer der kirchlichen Gesellschaft für internationale Verständigung. Sein Uebertritt zur Labour Party ist für sie zumachen an Prestige, wie Gewinn einer bekannten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens.

Attentäter auf Jörgiebel verurteilt

Berlin, 11. Nov. (Eia. Draht.) Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Dienstag der 21jährige arbeitslose Schneider Jörgiebel abgeurteilt, der den früheren Berliner Polizeipräsidenten Jörgiebel in einer Gerichtsverhandlung tödlich angegriffen hatte. Der Angeklagte gab zu, den Polizeipräsidenten als Arbeitermörder beschimpft zu haben. Er hielt diesen Ausdruck auch vor Gericht aufrecht. Auch die körperliche Verletzung war festgelegt und Körperverletzung zu 5 Monaten Gefängnis. Den früheren Polizeipräsidenten wurde das Recht zugesprochen, das Urteil in der „Reichen Zeitung“ und im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß durch die Höhe der Strafe zum Ausdruck gebracht werden solle, daß die Sicherheit im Gerichtssaal unbedingt aufrecht erhalten werden müsse.

Fleischpreislenkung auch in Frankfurt

Frankfurt a. M., 11. Nov. Die Frankfurter Schweinefleischvereinigung teilt mit, daß sie in Berücksichtigung der Wirtschaftslage die Verkaufspreise für Schweinefleisch heute neuerdings dem Preis vom 1. August ds. Js. um 10 bis 20 Pfg. und die Preise für billige Würstchen um 20 bis 40 Pfg. je Pfund senken habe, obwohl, wie es in der Erklärung heißt, die Einkaufspreise für lebende Schweine im Durchschnitt nur um 5 M für den Zentner gesunken seien. Eine allgemeine Nachprüfung der Verkaufspreise sei auf Grund der gegenwärtig sich ergebenden Verhältnisse einzuleiten, sofort nach Vorlage dieser Ergebnisse werde an eine entsprechende Gestaltung der Preise gegangen werden.

Ma. Merkt die Preislenkung in Karlsruhe?

Zwischen bisherigem Zustand und Linkskoalition

Parlamentarisch betrachtet, bestehen im neuen Nationalrat zwei Regierungsmöglichkeiten; es können die Christlichsozialen mit oder ohne die Heimwehr zusammen mit dem Schoberblock eine Regierung und eine Mehrheit bilden. Das wäre die Wiederherstellung des Zustandes, der bis zum Hinauswurf Schobers bestanden hat. Nach diesem Ereignis und nach dem gebilligten Wohlstand der Seipelpartei gegen den Schoberblock, sowie bei der scharfen Verständigung zwischen der Heimwehr und dem Landbund, dessen Finanzier Schund den Posten seinerzeit ausgewiesen hat, ist die Wiederherstellung dieser Koalition zunächst zweifelhaft. Es kommt dazu, daß die Großdeutschen von jeher die Herrschaft Vorbererschaft bekämpfen, während unter Seipel bei allen Stellenbesetzungen auf befehliger Aristokratismus weit über fahrlässige Tüchtigkeit gilt. Wiederholt haben sich Großdeutsche und Landbündler mit den Sozialdemokraten zu Aktionen zusammengeschlossen, so zum Beispiel für die Aushebung des überfunktionalen Reichsvollschulgesehes von 1869 auf das Burgenland, wo noch das schlechtere ungarische Schulgesetz gilt. Klare Demokratie würde erfordern, daß dem Wohlstand durch Bildung einer Regierung und Mehrheit Schoberblock-Sozialdemokratie Rechnung getragen würde. Will der Schoberblock die Verfassung wieder in Kraft setzen und den inneren Frieden durch allgemeine Entwaflung, also auch der Heimwehr fest sichern, so muß er die Linkskoalition eingehen!

Die durch die Wahlen geschaffene Situation wird voraussichtlich nicht so schnell eine Klärung erfahren, wie folgende Wiener Meldung darthut: Wahrscheinlich werden erst in der nächsten Woche die Verhandlungen über die Regierungsbildung beginnen. Dadurch würde auch die Einberufung des Parlaments eine Verzögerung erfahren. Das christlich-sozial „Neuigkeiten-Blatt“ meint, daß bis dahin auch die gegenwärtige Regierung im Amt bleiben werde. Gegenüber den Versuchen für ein Zusammengehen der Christlich-Sozialen mit den Abgeordneten des Heimatbundes Stimmung zu machen, erklärt das Blatt, daß das keine Lösung wäre, da auch damit keine Mehrheit geschaffen würde. Uebrigens habe sich ein großer Teil der antimilitaristischen bürgerlichen Wähler für eine Politik der Mitte ausgesprochen, und die Christlichsozialen müßten dieser Stimmung Rechnung tragen. Ob überhaupt ein enger Zusammengehen mit dem Heimatblock möglich wäre, sei von vornherein nicht zu beladen. Man müde da vornehmlich die Stimmung der christlichsozialen Abgeordneten aus den Ländern hören, die den Kampf der Christlichsozialen gegen den Heimatblock schwer zu fühlen belägen. Dem Heimatblock käme eigentlich die Rolle einer radikalen Rechtsopposition zu. Aus Heimwehrkreisen erfährt das Blatt, daß diese als erste Bedingung der parlamentarischen Mitarbeit die Belassung der beiden Heimwehrminister an-

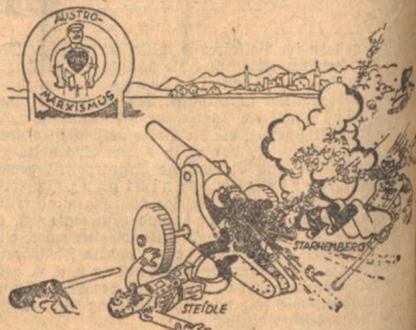
sehen. Die in Niederösterreich auf der christlichsozialen Seite gewählten Heimwehrleute würden sich nicht der Heimwehr beitreten angeschlossen, sondern in der christlichsozialen Partei bleiben.

Es bestehen in manchen Kreisen Unklarheiten über das Ergebnis der österreichischen Wahlen. Es seien deshalb die Zahlen bekanntzugeben:
Sozialdemokraten 1 517 603 (1927: 1 539 088); Christlich-Sozialen 1 503 608 und Heimatblock 228 338 (1927: Einheitsliste 1 798 000; Schober-Block 449 425 (in 1927 kandidierten die Großdeutschen der Einheitsliste; der Landbund erhielt mit getrennten Stimmen 229 977 Stimmen); Hitler-Bewegung 108 445 (1927: 28 000); Bauern 20 879 (16 181); Demokraten 6719 (—); Zionisten (10 717); Aufwärtler 12 630 Stimmen.

Die Mandatsverteilung ergibt: Sozialdemokraten 72 (bisher 73) Mandate, Christlich-Soziale 66, Heimwehr 8 (bisher 73) Mandate, Schoberblock 19 (bisher 12 Großdeutsche und 9 Landbündler). Die Zahl der ausgesprochenen schiedlich wahlberechtigten Stimmenträger und Nationalsozialisten, beträgt also nur rund 200 000. Die Verteilung mit 1927 wird nicht nur deshalb schwierig, weil die Konstellationen und Parteien sich diesmal gebildet hatten, sondern auch, weil bei der letzten Verfassungsumänderung das Alter auf 21 Jahre erhöht worden war. Anbelangt das die Zahl der Wähler infolge der Bevölkerungszunahme kaum verändert. 1927 geändert.

Das große Heimwehrschießen

Zu den österreichischen Wahlen vom 9. November



Schuh ist hinten hinausgegangen!

Aus aller Welt

Deffunde in Pommern?

Berlin, 12. Nov. Auf dem Gut des Grafen Lebrin Busdorf in Pommern, auf dem bereits seit längerer Zeit nach Deffunden gesucht wird, haben sich, wie das B. L. berichtet, Deffunden gezeigt.

Sturm über dem Nordsee Küstengebiet

Hamburg, 11. Sept. Seit gestern abend herrscht im Niederelbegebiet und im Küstengebiet der Nordsee schwerer Nordweststurm, begleitet von Regen- und Hagelschauern. Belgoland meldete eine Windstärke von 20 Sekundenmetern. Die deutsche Seewarte spricht von der Gefahr neuer schwerer Stürme für die kommende Nacht. In der Unterelbe ist die Schifffahrt fast behindert. In der Elbe und ihren Nebenflüssen stieg das Wasser nach um mehrere Meter über Normalhochwasser.

Der Geschäftsführer der Wurfabrik Struck aus der Untersuchungshaft entlassen

Vom Landstrafsenrichtersamt Braunschweig wird mitgeteilt: In der Strafsache gegen den Geschäftsführer Dr. Teitge und Genossen von der Wurfabrikfirma Otto Struck, Zweiniederlassung Giesmarode der Rudolf Karstadt A. G., wegen fortgesetzten Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz sind sämtliche Ermittlungen in der Stadt Braunschweig nunmehr im weitestgehenden Maße beendet. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ist daher der angehaltene Teitge, gegen den Haftbefehl wegen Veruntreuungsgelände erlassen war, heute vormittag aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Gleichzeitig ist von der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht die Aufhebung des Haftbefehls beantragt worden.

Landjäger von zwei Verbrechern verwundet

Kempfen (bei Arelfeld), 11. Nov. Ein Oberlandjäger hielt heute auf der Straße St. Hubert-Kempfen zwei verdächtige Burtschen an und forderte von ihnen die Papiere. Darauf zog der eine von ihnen sofort einen Revolver und feuerte. Die Kugel traf den Beamten in die Brust. Die Burtschen flüchteten und setzten sich im Hofe eines Gutes fest. Den Polizeibeamten und Gutsnachbarn gelang es schließlich, die Burtschen festzunehmen. Es handelt sich um zwei Schwerverbrecher, die von der Polizei seit langem gesucht werden. Die Polizei äußerte den Verdacht, daß die beiden

Englische Schulzeitverlängerung angenommen

London, 12. Nov. (Funkdienst.) Die Kostendeckungsvorlage für die Verlängerung der Schulspflicht und die dadurch notwendig werdende Unterstutzung eines Teils der Eltern wurde am Dienstag nach hitziger Debatte gegen 12 Uhr nachts mit 271 gegen 242 Stimmen angenommen. Liberale und Konservative bekämpften den für das erste Jahr geforderten Aufwand von rund 8 1/2 Millionen Pfund.

Frankreichs Küstungsausgaben

Paris, 11. Nov. (Eia. Draht.) Der sozialistische Abgeordnete Antonelli, Mitglied der Finanzkommission der Kammer gibt im „Revue“ eine genaue Aufstellung über die wahre Höhe der Küstungsausgaben Frankreichs im Budgetjahr 1931/32. Die Regierung habe in einem Communiqué die Küstungskredite insgesamt auf 12,2 Milliarden Franken beziffert, davon 4,8 Milliarden für das Landwehr, 2,8 Milliarden für die Marine, 2,3 Milliarden für die Kolonialtruppen, und 2,2 Milliarden für die Luftfahrt.

Büdo Beize

gibt dem hohen schönen Farbglanz und tritt sich nicht ab

auch den Ueberfall auf den Kresfelder Nachtwächter verurteilt, weil seinerzeit gemeldet, in der Nacht vom 8. d. M. bekanntlich erschossen worden ist. Der Oberlandjägermeister schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

„G 38“ nach Paris gestartet

Lissabon, 11. Nov. Das deutsche Kriesflugzeug „D 38“ heute morgen um Weiterfluge nach Paris gestartet.

„Do X“ im Hafen von Southampton

Calshot, 11. Nov. „Do X“ liegt im Hafen ungefähr einen Meter von der Flugsation Calshot verankert. 800 berragende Persönlichkeiten aus ganz England haben das Boot besichtigt.

Obermusikmeister als Spion

Leipzig, 11. Nov. In dem Spionageprozess gegen den früheren Windener Obermusikmeister Peter Adam, 42 Jahre alt, wurde der Vertreter der Reichsanwaltschaft 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht gegen Adam, 6 Jahre Zuchthaus und lebenslange 10 Jahre Zuchthausverurteilung ausgesprochen. Nach Begründung des Strafurteils führte der Reichsanwalt aus, daß die Franzosen für die von Adam ausgelieferten Schriften ganz erhebliche Beträge gezahlt hätten. Deren Summe nicht unter 12 000 M. läge. Wenn man wisse, was der heimliche Nachspionierdienst im allgemeinen habe, so erlobe man sich eine solche Bewertung er dem Material beigemessen zu haben. Adam auslieferte.

Nach längerer Beratung wurde das Urteil verurteilt. Es wurde wegen gemeinschaftlichen Verbrechens nach § 1 des Gesetzes über die Verurteilung von Straftätern vom 4. April 1916 (Gesetzblatt S. 107) gegen Peter Adam auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Adam auf 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust. Von der Freiheitsstrafe sind je 4 Monate und 3 Wochen unter Untersuchungshaft verbißt. Die der angeklagten Frau Adam unter Verurteilung abgenommene Summe von etwa 800 M. wird der Wert der Spionageelder in Höhe von 12 000 M. wird dem Adam für verfallen erklärt. Ebenso wird der der Frau Adam abgenommene Photographienapparat eingezogen.

Darüber hinaus enthalte der Etat über eine Reihe von Krediten, die Antonelli auf nicht weniger als 7 Milliarden Pfund beziffern zu können glaubt.

Antifaschistisches Komplott in Italien

Paris, 11. Nov. (Eia. Draht.) In einer aus dem von französischen Grenzseleuten Dr. Modane datierten Meldung werden Mitteilungen zu der vor einigen Tagen von der italienischen Verfassungsbewegung, daß vorausige Verurteilung einer Verschwörung verhaftet worden seien und vor dem Gericht gestellt werden würden.

Stahlhelmer studieren Faschismus

Kom, 11. Nov. (Eia. Draht.) Wieder ist eine Gruppe von Stahlhelmlern nach Kom zu Besuch gekommen. Diese sind in ganz offizieller Form, um die faschistischen Organisationsverhältnisse zu studieren. In ganz offizieller Form werden von den faschistischen Organisations am Bahnhof begrüßt werden überall als deren Gäste hingenommen. So nahmen die Stahlhelmer heute an den militärischen Übungen der italienischen Armee teil, und so werden sie in den Militärkasernen herumgeführt.

Zuder aus Sauerstoff und Wasser Professor Lazaroff, Mitglied des Leninrader wissenschaftlichen Instituts, hat ein chemisches Verfahren entdeckt, mit dem Zuder aus Sauerstoff und Wasser hergestellt kann. Er hat Experimente der physikalisch-mathematischen Abteilung des Instituts mit Erfolg vor.

Freistaat Baden

Nationalsozialistische „Wissenschaft“ am Pranger

Nationalsozialistische „Wissenschaft“ steht vor Blamage, die in gleicher Weise auch die Politik des Reiches an den Pranger stellt. Die nationalsozialistische Fraktion des Reichstages hat, wie bekannt, eine Anzahl weitgehender, in die gegenwärtige Wirtschaft tief einschneidender Anträge im Reichstag eingebracht. Bekannte Professoren der Nationalsozialistischen Wissenschaften haben nunmehr diese Anträge einer näheren wissenschaftlichen Betrachtung unterzogen und darüber eine offene Anfrage an die Nationalsozialistische Fraktion gerichtet.

Diese Anfrage heißt es hinsichtlich ihrer Forderung auf „Begrenzung des Zinsfußes“:

„Begrenzung des Zinsfußes auf 4 Prozent zusätzlich einer Tilgungsrate von 1 Prozent, Tilgung der Schuld nach 10 Jahren“ u. a.:

Begrenzung des Zinsfußes auf 4 Prozent würde die Sparbanken u. a. zwingen, höchstens 2 1/2 Prozent auf Einlagen zu zahlen. Dadurch soll nun vermieden werden, daß die Einkommen der kleinen Sparer und der Rentner zugunsten der großen Kapitalisten konzentriert werden? Wodurch soll es verhindert werden, daß die Begrenzung des Zinsfußes auf 4 Prozent die Rentner und die den Rentnern verzinnten Renten vielleicht 10 Prozent zu kürzen? Wie soll die Schmälerung der Finanzkraft der Sozialversicherungsanstalten, soweit sie die Sozialversicherungen ruht, ausgeglichen werden? Soll der Zinsfuß auf 4 Prozent auch gegenüber Auslandsanleihen gelten? Welche Mittel sind in Aussicht genommen, um die Abwanderung des deutschen Kapitals ins Ausland zum Zweck der Erzielung einer höheren Verzinsung zu verhindern?

Verbot des Börsenhandels mit Effekten

Folgende Fragen gestellt:

„Soll bei einem Verbot des Börsenhandels die Gründung von Aktiengesellschaften, die Auflegung neuer Aktien bei bestehenden Gesellschaften, d. h. die Geldbeschaffung für die Industrie in den modernen Rechtsformen ermöglicht werden? Wie soll es dann: Wie soll verhindert werden, daß die deutschen Kapitalisten, die ihr Vermögen in Aktien angelegt haben, durch Einbruch des Börsenhandels gezwungen wären, im Falle einer Nationalisierung der Aktien mit großem Verlust an Wertpapieren zu scheitern? Nach einem Hinweis auf die Gefahren, die ein solches Verbot des Handels mit Effekten für die deutsche Industrie bringen würde, schließt die offene Anfrage:

„Wir sind nicht daran zweifelnd, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Nationalsozialistischen Partei in reichlicher Zahl aller Konsequenzen ihrer Anträge auch die Mittel und Wege haben, um diese u. e. notwendigerweise einzutreten. Die nationalsozialistische Partei wird die nationalsozialistische Schädigungen der gesamten Wirtschaft abzuwehren, würden wir es im Interesse der Volkswirtschaft für sehr wünschenswert halten, wenn diese Fragen als solche von den zuständigen Wortführern der Nationalsozialistischen Partei beantwortet würden.“

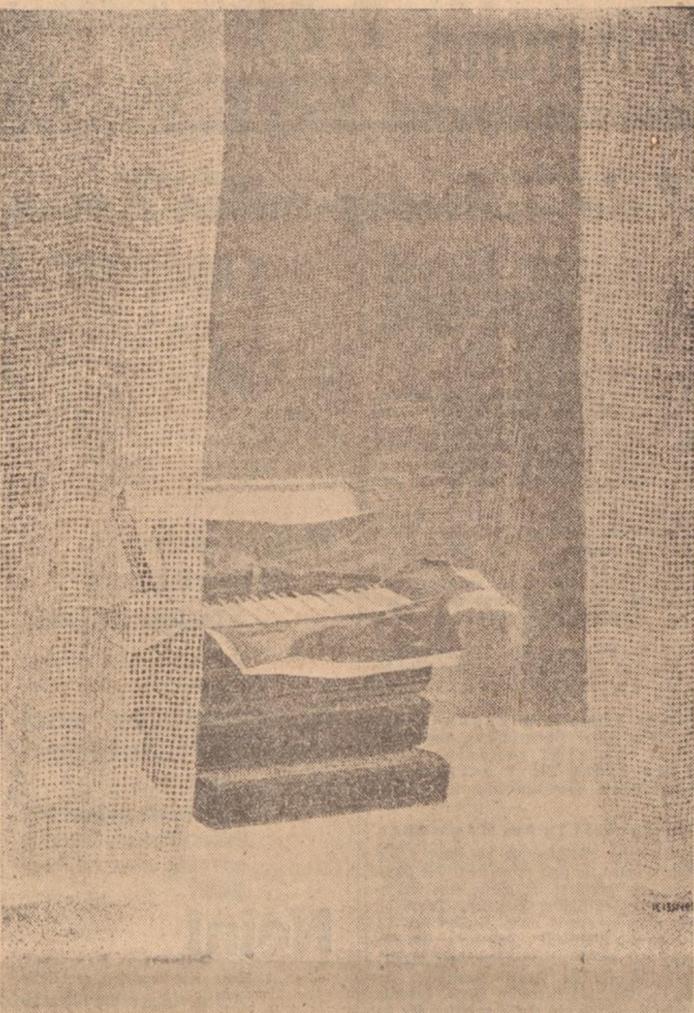
von bekannten Nationalökonom, den Professoren Dr. H. H. Berlin, Alfred Weber-Heidelberg, Edert-Ries-Berlin, an die Nationalsozialistische Partei gerichtet. Die Anfragen sind mehr als dies: es sind Feststellungen, die bereits dermaßen den hanebüchernen Lehren der nationalsozialistischen „Wissenschaft“ zuwiderlaufen, daß alle Welt über die „neuen“ Lehren der nationalsozialistischen „Wissenschaft“ nur lachen muß, auch Ignoranten mit und ohne akademischen Prädikaten. Die nationalsozialistische „Wissenschaft“ versucht, mit dem Abzug der „wissenschaftlichen“ Lehren der Nationalsozialisten politische Analphabeten zu machen.

Offenburger Hitlerade oder geprellte Zuschauer

Offenburger wird uns geschrieben:

„Am Sonntag fand letzten Samstag ein großer Nazirummel in Offenburg statt. Die Stadt wurde mit 10 000 auswärtigen Nazis überflutet. Von Baden-Baden bis Freiburg waren alle Straßen angefüllt, und sie kamen reichlich und ladernd zum Eintrittsbüro ab. Hunderte von schönen Privatautos waren anwesend. Der Unterricht von den Angehörigen der „Hitlerbewegung“: Alte Offiziere, Sympathisanten, dann feist Bourgeois von unvorstellbarem Umfang mit ihren Familien. Die wirklichen Arbeiter bildeten den geringsten Prozentsatz. Das größte Besucherkontingent stellte das Banauer Land. Die Polizei hatte Hochbetrieb. Um 6 Uhr ab füllten sich die beiden Säle. Zum Teil waren die Sturmbattalione der Nazis geschlossen unter dem Kommando des Führers an. Eine Frage an den bekannten Führer beantwortet. Von der Bahn her kommend begab er sich in ein Hotel, dann gegen 10 Uhr bemühte er sich, in ein Hotel zu kommen. An der Tür wurde Hitler von einem reisenden Offizier (Marke Wilhelm) in deutscher Sprache empfangen und gleich darauf er wurde über das Erscheinen Adolfs unterrichtet. Die Menge über das Erscheinen Adolfs war nach dem langen, langen Warten umso größer. Die Hitler hatten sich die Zeit verlorst bei dem Ansehen zweier Kapellen und dem Kindergebet. „Wir wollen wir Frankreich schlagen, sterben als ein Held.“

Die beiden Säle hatte man zur Abwechslung auf der Bühne Sozialdemokraten geschimpft. Unter begeisterten Beifall wurde erklärt: „Reber Lump ist ein Sozialdemokrat.“ Was das für eine Enttäuschung war eine Enttäuschung. Statt ein Zukunftsbild des Sozialismus zu beschreiben, erzählte er, was „ER“ für ein Leben ist. Die erwarteten Sensationen blieben vollständig aus. Die erwarteten Sensationen blieben vollständig aus. Eine sehr bittere Enttäuschung erlebte die in der hinteren Reihe saßen. Die Hitler hatten sich die Zeit verlorst bei dem Ansehen zweier Kapellen und dem Kindergebet. „Wir wollen wir Frankreich schlagen, sterben als ein Held.“



HAUS NEUERBURG-ZIGARETTEN sind STAUBFREI

Ein ganzes System von Absauge-Vorrichtungen und Staubfiltern hat dem edlen Macedonen-Tabak, den wir für unsere Zigaretten verarbeiten, jeden Staub entzogen. Deshalb schmecken



Sie können unsere Angaben nachprüfen. Wenn Sie durch eine HAUS NEUERBURG-Zigarette blasen - ehe sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken

unsere
OVERSTOLZ
5 PF.
RAVENKLAU
6 PF.
niemals bitter.

Nr 7

Die Eroberung



des Rathauses

Kampf der schwarz-roten Korruption

fänden Flugblätter der Nazi, sowie die mit dem Kamelsgesicht geschmückten blakroten Plakate an den Karlsruher Litzsäulen an. Von „Ausmisten“ phantasierten ihre „Kanonen“. Schauen wir einmal dorthin, wo engelreine Faschisten in Kommunen tätig sind. Geben wir uns aber vorher schon die Nase zu, denn da stinkt's wirklich!

Nationalsozialistische Korruption

Nicht groß genug wären der Führer-Redaktion die Letztern, wenn etwa ein Nazijist die Vermögen der Armen so hinterginge, wie der Nationalsozialist Eugen Renner in Augsburg. Als Leiter der Blindenabteilung bei der dortigen Kreishauptfürsorgestelle unterschlug er 18000 Mark, die für Kriegsblinde bestimmt waren, und flüchtete.

Der nationalsozialistische Brigadeführer Langendorf in Köln hat von einer nationalsozialistischen Abteilung in Frankfurt Musikinstrumente für circa 100 Mark gekauft und sie mit 100 Prozent Reinverdienst an eine andere nationalsozialistische Abteilung weiterverkauft. Und solche Menschen besitzen die Courage und machen dem Volke blaue Mäule von „Zinsnechtheit und jüdischem Wuchergeist“ vor.

Der „Brigadeführer“ Kohagen der Sturmabteilung des Gau's Hessen-Nassau-Süd in Frankfurt a. M. hat die Nazi-Parteiliste um 3000 Mark bestohlen und ist dann geflüchtet.

Der nationalsozialistische Führer in Flensburg, Expediteur Broders, flüchtete unter Hinterlassung ungeheurer Schulden. Er hat drei ihm nicht gehörige Lastautos der Japan für 28000 Mark verpfändet. Sein Vater hat sich aus Gram über den mährischen Sohn erhängt.

„Praktische“ Naziarbeit in den Kommunen

Wenn sich die Parteien im Wahlkampf ob ihrer Tätigkeit in den Kommunen rühmen, so sind mindestens die Nazis die erfolgreichsten dabei. Es grassiert im Volke eine Seuche, herrührend von nationalsozialistischen Bazillen. Denn die Nazistatistiken fälschen immere etwas vom „Füllen der Taschen“, von „Bereicherung am Volksgut“. Daß sie es am ehrlichsten mit dem Volke meinen, beweisen folgende Taten:

Nr. 1: Das nationalsozialistische Fraktionsmitglied des Gothor Stadtrats, Stadtobersekretär Hugo Schmidt, hat seinem Leben durch Vergiften ein Ende bereitet. Er hat mit einem anderen Beamten von der Kasse insgesamt 4500 Mark zu Unrecht in Anspruch genommen. Bei einer Revision wurde ferner festgestellt, daß Gehälter falsch berechnet und ausgeschüttet worden sind. Die Unregelmäßigkeiten fallen in erster Linie dem nationalsozialistischen Stadtobersekretär Schmidt zu.

Nr. 2: An der Grenze von Berlin, im Kreise Niederbarnim liegt die Landgemeinde Schöneiche mit reichlich 2000 Einwohnern. Der Gemeinde ist das Glück beschieden, einen nationalsozialistisch angehauchten Gemeindevorsteher und einen nationalsozialistisch organisierten Gemeindefinanzier, also Erneuerer des Deutschen Reiches, als Sachwalter zu haben. Wie man erfährt, haben beide die Gemeinde um nicht weniger als 637000 M. geschädigt.

Nr. 3: Der nationalsozialistische Stadtrat Grabl (Nürnberg) wurde unter dem dringenden Verdachte der passiven Beistellung seines Amtes als Referent des städtischen Platanierungswesens entthronen. Grabl hat sich vom Pro-

kuristen eines Plataninstituts 2500 Mark geben lassen, wofür er ihm persönliche Vorteile im Platanpachtvertrag zusicherte. Das Opfer des Ständals war der Proturist, der durch Selbstmord aus dem Leben schied.

Wie schreien sich doch die Nazi den Hals wund und machen aus einer Fliege einen Elefanten, wenn sie nach Korruptionen im derzeitigen Staatsweien schnuppern. Wenn diese Hajardeure des deutschen Volkes einmal ans Ruder kommen, muß man sich ja auf allerhand Gefährlichkeiten; denn ihre bis jetzt gelieferten „Kostproben“ zeigen ja vor Entsetzen des „Dritten Reiches“, welche „herrlichen Zeiten“ sie uns entgegenführen wollen.

Durch Einverleien von Feinderscheiben versuchen sie ja jetzt schon „die Wirtschaft anzukurbeln“. Stinkbomben verraten

Hungernde Erwerbslose Sozialrentner

Mit Phrasen und törichtem Redensarten suchen euch

Kommunisten und Nationalsozialisten zu betören!

Werdet ihr von den Reden satt? Haben die Phrasen der Scharlatane euch schon einmal den Hunger gestillt?

Nein!

Nur zielbewußte u. sachliche Arbeit, die von der Liebe zu den Massen getragen ist, kann euer trauriges Los bessern.

Darum eure Stimme der Liste Nr. 2

ihre menschliche Annäherung, Schmuckfäden sind ihr beliebtestes Spielzeug, Hieb- und Stichwaffen ihre Abwehr im „geistigen“ Kampfe. Schuljugend bilden die Attrappen der Männer des „kommenden Reiches“.

„Ausmisten“ wollen sie mit „eisernem Besen“. Den Besen möchten wir einmal sehen und seine Beschaffenheit. Im Zeitalter der Technik empfehlen wir ihnen die Anschaffung einer Maschine, um einmal rationell ihren eigenen Stall auszumisten. h. s.

„Es ergibt sich für unseren Kampf der Krieg gegen das Bürocrum als Feind des deutschen Sozialismus und Saboteur der nationalen Freiheit.“

Mit derselben heuchlerischen Gesinnung, wie Hitler glaubte dem Ausland versichern zu können, daß er gar nicht an gewalttätige Änderungen des Friedensvertrages denke und gewissenhaft die Reparationsverpflichtungen erfüllen wolle, lüchelt die Nazis und ihre Väter die empörten Einzelhändler zu beschwichtigen. Wie werden sich aber denn nun die Einzelhändler am 16. November einstellen? Aus ihren Kreisen heraus hat doch die Nazi-Partei bei der Reichstagswahl einen Haufen Stimmen geholt. Ihr Klagelied erinnert nun sehr an das bekannte Wort im Volksmund: „Wir die allergrößten Kälber wählen ihre Regier selber. Wir glauben nicht, daß bis zum 16. November schon alle „Kälber“ unter den Einzelhändlern ausgestorben sein werden. Es wird wohl noch etliche geben, die ihre Regier selber wählen, sonst gings der Nazi-Partei schlecht.“

Kandidatenaufmarsch in Söllingen

2. Die Nationalsozialisten

Wenn wir in unserem ersten Artikel sagten, daß wir von der Auffassung, Kandidaten im allgemeinen nicht näher bekannt zu machen, einigen Personen gegenüber eine Ausnahme machen wollten, so gilt dies besonders vom Wahlloos der „Nazis“.

Da ist zunächst Herr Fritz Jilla, Maurer als Spitzenkandidat, ein recht ungeschickter Mann. Er ist zwar der Führer der „Liste“, da er ist gewiß, auch wenn er sich einbildet, überhaupt nicht einmal „Liste“. Und wenn die Nazis auf ihrer Liste an der Spitze marschieren lassen, so mangelt es ihnen an Grund, weil sie mit ihm Bauerntänzer spielen wollen. Wir müssen ihn eigentlich bedauern, weil er, der nicht einmal eine Klänge hat, sich hier als Stimmgabel auf den Rücken läßt. Als Stimmgabel für den Zweiten auf der Liste ist Richard Wenz, den Mann, der so gerne eine Rolle spielt.

Richard Wenz dünkt sich als unaußerordentlich wichtige Persönlichkeit. Von dem Kriege, für den er so sehr schwärmt, hat er auf der Insel Borkum nicht sehr viel. Nach dem Kriege war er Mitglied unserer Partei, war freilich wie leider so viele nur Parteibuchmitglied. Unsere Versammlungen besuchte er 1924 trat er aus unserer Partei aus. In der Folge gab er sich verschiedenen Parteien kleine Gespielen, ohne freilich irgendwelchem Ehrgeiz entsprechendes „Aemchen“ errangern zu können. Die Partei der großen Töne auch ihn erlachte. Das war die Hauptursache in seiner kräftigen Stimme und der Bedauernswertensache, daß er in seiner politischen Tätigkeit den langen konfuse Zeug zu reden, bestehen, in Anwendung der Aufgabe seiner kräftigen Stimme würde der Mann bald so weit sein, daß er nicht mehr zu arbeiten braucht. Wenn viel über ihn berichtet, so deshalb, weil sein Werdegang ein typischer der Nazis ist. Die Revolution, über die sie so sehr reden können, machte sie zu Sozialdemokraten (siehe auch den Artikel). Dann schwenkten sie von einer Partei zur andern, durch die allgemeine Unfähigkeit der Wirtschaftslage bedingt. Rechtsradikalen zu werden. Eine Meinung über die Wirtschaftsordnung beschwert sie ebenso wenig wie eine über den Marxismus, den sie so sehr hassen, und dessen Grund gerade durch ihre eigene Existenz so treffend illustriert wird.

Und nun wieder zu Richard! Er will, wie wir hören, im Wahlkampf ein Flugblatt herausgeben, in welchem er die Partei entwidelt will. Aber nicht, daß etwa einer glauben würde, nun etwas von Nazipolitik zu hören. Nein, die Sache ist die: Richard will einen Vergleich anstellen zwischen den Häuptern der Gemeindebeamten vor dem Kriege und jetzt, und dann einen dreizehnten Gehaltsabbau fordern. Nun, wir sind es wäre bald höchste Zeit, daß er wieder einmal aufwacht. Richard nämlich nicht schlafen hätte, dann müßte ihm doch leicht schon aufgefalle sein, daß sein Leiborgan der Partei nicht wieder eine andere Parole herauszugeben hat. Daß Gott! Vor den Reichstagswahlen müßte man natürlich einen hohen Gehälter fordern, um Dumme zu fangen, aber jetzt vor den Wahlen kann man sich doch nicht immer mit dießen „offen Kassen“ abgeben. Nein, jetzt heißt es im Gegenteil: Schuß den Gehältern für den Gehaltsabbau! Wenn nicht glauben will, der im Führer nach. Der Unfall im Führer ist ja auch ein Erfolg gekommen und Richard hatte, trotz seiner großen Unfähigkeit (siehe oben), noch nicht die Zeit, sich unaufrichtig zu zeigen.

Doch wieder zu seinem Flugblatt! Ein Vergleich zwischen den Gehältern vor dem Kriege und jetzt ist ein Ansturm. Das wollte man gerecht sein, auch ein Vergleich zwischen den Aufwandsaufgaben dieser beiden Perioden angestellt werden müßte weiter in Rechnung gestellt werden, daß die Gehälter vor dem Kriege von den Gemeindebeamten erhoben wurden, wesentlichen Teil ihres Gehalts ausmachten, und es müßte sehr viel anderes beachtet werden. Im übrigen: Richard sprüht für sich den Tariflohn, den Gemeindebeamten wird er selbst vorenthalten. Was aber mit das Bemerkenswerte eines ganzen Kampfes gegen andere Beamten ist: Er beantragt, eines seiner „Referate“ bis zum 15. März des Monats, die tatsächlich eine Arbeit leisten müssen, will er den Tag der für einen ganzen Tag noch nicht so viel ausmacht, nicht stehen. Wir haben wahrhaft keinen Grund, unsere Gemeindebeamten besonders in Schutz zu nehmen, denn nur einer von ihnen in unseren Reihen. Aber die Bekämpfung betart unwahrheitsgemäß haben wir für ein Gebot politischen Anstandes.

Auf einen weiteren Kandidaten der Nazis wollen wir nicht eingehen: Albert Kirchenbauer, Steinbruchbesitzer. Er ist im letzten Bürgerausschuß Mitglied der nationalsozialistischen Partei. Im neuen Wahlloos soll er angeblich nicht auf einen so reichen Posten gekommen, und deshalb zu den Nazis abgewandert sein. Eine andere Lesart behauptet freilich, daß der alte Rathhausumbau, so behaupten wenigstens andere, war die Ursache, aus dem Söllinger Rathaus doch nicht zu räumen, um ihm, trotz seines höheren Alters, eine Ehrenaufgabe zu übertragen, und das hat er seinen früheren Parteifreunden überlassen. Und trotz des großen Gehalts, das die Nazis gegen die „Korruption auf den Rathhäusern“ aufbringen, mir, daß Kirchenbauer keine einzigen Parteifreunde mehr hat, wenn er sich von ihnen mehr Beschäftigung verweigert. Die Kandidaten der Nazis sind also größtenteils politische Lebewesen, und werden nach der Wahl in ihrer politischen Schamhaft sein wie bisher. Ihre Kampfsprüche: „Kommunisten reaktionär!“ (Göringens)

Nazi und Edeka

Nationalsozialistische Lebensmittel-Verkaufsstellen — Der Dank an die Nazi-Wähler im Einzelhandel

In verschiedenen mittelständischen Kreisen beginnt sich eine wachsende Mißstimmung gegen diese merkwürdigen „Retter des Mittelstandes“ breit zu machen. Nachdem die Haus- und Grundbesitzer sich schon vor längerer Zeit gegen die haus- und grundbesitzerfeindliche Haltung der Nazis beschwert haben, meldet sich jetzt auch in der Edeka-Rundschau, dem Organ der Zentral-Organisation der Kaufleute des Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmittel-Einzelhandels, eine sehr eindringlich warnende Stimme. Der Direktor des Verbandes deutscher Kaufmännischer Genossenschaften e. V., Fritz Bormann, schreibt in Nr. 40 der Edeka:

„Es droht neue Konkurrenz durch die NEDW. Durch Zuschriften von Edeka-Kaufleuten werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß der Völkische Beobachter, ein Organ der Nationalsozialisten, am 26. September folgendes Inserat enthalten hat:

Lebensmittelverkaufsstellen

In allen Städten Deutschlands werden Lebensmittelverkaufsstellen errichtet. Erforderlich sind 1000 M. in bar. Geboten wird festes Gehalt von 200 M. monatlich. Ausführliche Bewerbungen von nur Parteimitgliedern mit Kapitalnachweis werden berücksichtigt. Bewerbungen aus allen Städten Deutschlands unter Nr. 14 395 a. d. B. B.“

Die Nationalsozialisten scheinen durch die in ihren Wahlversammlungen erhobenen Eintrittsgelder so viel Kapital aufgesammelt zu haben, daß sie nunmehr daran gehen können, den schwer bedrohten Lebensmittelhandel vernichten zu helfen. Ihr Programm richtet sich zwar nur gegen den Großkapitalismus. Die Partei will ihn aber scheinbar selbst bekämpfen, um die Individualwirtschaft zu heilen. Diese Praxis entspricht durchaus der von den Nationalsozialisten aufgestellten Theorie, wie sie von Gregor Ströher am 30. März 1930 in seinem Werke Der nationale Sozialist verhandelt werden ist.

Arbeitsinvaliden

Rentenempfänger, Witwen wählen Liste



Dr. Kraus-Versammlung

Wählerinnen, Wähler, auf in die heute abend 8 Uhr im Festhallsaal stattfindende Wahlversammlung. Genosse Bürgermeister Dr. Kraus, der frühere Bürgermeister in Kehl, sowie Genosse Stadtrat Fritz Töpfer, werden sprechen.

Wahlmänner und Wähler, erscheint in Massen. Dokumentiert durch zahlreichen Besuch, daß ihr für fortschrittliche Gemeindepolitik seid!

Der Kampf ums Rathaus

Auf in die Wählerversammlungen

Wahlmänner und Wähler, erscheint in Massen. Dokumentiert durch zahlreichen Besuch, daß ihr für fortschrittliche Gemeindepolitik seid!

Mittwoch, den 12. November:
Abends 8 Uhr in der Festhalle. Referent: Reichstagsabg. Gen. Dr. Kraus (Mains) und Stadtrat Gen. Töpfer (Karlsruhe).
Abends 8 Uhr in der „Bruthalle“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Stelling.
Abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Soel (Berlin).
Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Landtagsabg. Gen. Graf.
Abends 8 Uhr im „Röhlen Kraus“. Referent: Landtagsabg. Gen. Graf.
Abends 8 Uhr im „Vamm“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Hildenbrand (Berlin).

Donnerstag, den 13. November:
Abends 8 Uhr im „Adler“. Referent: Bürgermei. Gen. Riser (Durlach).
Abends 8 Uhr im „Badischen Hof“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Dr. Riederer (Darmstadt).
Abends 8 Uhr im „Waldhorn“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Hildenbrand (Berlin).
Abends 8 Uhr in der „Stadt Strassburg“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Soel (Berlin).
Abends 8 Uhr in der „Festhalle“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Stelling (Berlin).
Abends 8 Uhr im „Geiß“. Referent: Gen. Stadträte Riser und Schmelenbecher (B. Baden).

Freitag, 14. November:
Abends 8 Uhr im „Soalbau“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Dittmann (Berlin), Reichstagsabg. Gen. Schumacher (Stuttgart) und Landtagsabg. Gen. Graf. Referent: Landtagsabg. Gen. Rappes.
Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Jugendabg. Gen. Schmelenbecher und Stadtr. Gen. Schneider (B. Baden).
Abends 8 Uhr im „Adler“. Referent: Arbeiterabg. Gen. Erb (Karlsruhe) und Stadträte Gen. Rapp und Weber (B. Baden).
Abends 8 Uhr in der „Sonne“. Referent: Bürgermei. Gen. Weber (Mutterstadt, Pfalz) und Gemeinderat Gen. Föhler.
Abends 8 Uhr im Rathaus. Referent: Bürgermei. Gen. Föhler (Gröningen).
Abends 8 Uhr in der „Gambriushalle“. Referent: Gemeinderat Gen. Rommel (Gaggenau) und Gen. Gebm (Gaggenau).

Samstag, 15. November:
Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Schmitt (Karlsruhe) und Landtagsabg. Gen. Graf.
Abends 8 Uhr im „Bürgerhof“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Dr. Riederer (Darmstadt) und Gen. Stäber.
Abends 8.30 Uhr im Rathaus. Referent: Reichstagsabg. Gen. Hildenbrand (Berlin).
Abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Gemeinderat Gen. Huber (Wolfsartmeier).
Abends 8 Uhr in der Festhalle. Referent: Bürgermei. Gen. Riser (Durlach).
Abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Tom. Graf (Forstheim).
Abends 8 Uhr in der „Traube“. Referent: Genosse Föhler (Karlsruhe).
Abends 8 Uhr im „Bad. Hof“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Schumacher (Stuttgart) und Landtagsabg. Gen. Graf.
Abends 8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Gen. S. Reich (Kastell).

Sonntag, 16. November:
Abends 8 Uhr im „Schwanen“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Schmitt (Karlsruhe) und Landtagsabg. Gen. Graf.
Abends 8 Uhr im „Bürgerhof“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Dr. Riederer (Darmstadt) und Gen. Stäber.
Abends 8.30 Uhr im Rathaus. Referent: Reichstagsabg. Gen. Hildenbrand (Berlin).
Abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Gemeinderat Gen. Huber (Wolfsartmeier).
Abends 8 Uhr in der Festhalle. Referent: Bürgermei. Gen. Riser (Durlach).
Abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Gen. Tom. Graf (Forstheim).
Abends 8 Uhr in der „Traube“. Referent: Genosse Föhler (Karlsruhe).
Abends 8 Uhr im „Bad. Hof“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Schumacher (Stuttgart) und Landtagsabg. Gen. Graf.
Abends 8 Uhr im „Grünen Baum“. Referent: Gen. S. Reich (Kastell).

Weingarten: Abends 8 Uhr in der Festhalle („Löwen“). Referent: Stadtrat Gen. Töpfer (Karlsruhe) und Gen. Riser (Weingarten).
Karlsruhe: Abends 8 Uhr in der Festhalle. Referent: Reichstagsabg. Gen. Dr. Kraus (Mains) und Stadtrat Gen. Töpfer (Karlsruhe).
Delheim: Abends 8 Uhr in der „Linde“. Referent: Reichstagsabg. Gen. Stelling.
Sachsenfeld: Abends 8 Uhr im „Vamm“. Referent: Gen. Drol. Linger (Karlsruhe).
Sobennethersbach: Abends 8 Uhr in der „Kanne“. Referent: Gen. Schulerburg (Karlsruhe) und Gemeinderat Gen. Wagner.
A. Grünwinkel: Abends 8 Uhr in der „Mitteldlung“. Referent: Stadträte Gen. Müller.
Gröningen: Abends 8 Uhr im „Olsen“. Referent: Bürgermeister a. D. Gen. Föhler (Gröningen).
Bershaufen: Abends 8 Uhr in der „Krone“. Referent: Stadtrat Gen. Föhler (Gröningen).
Melsch: Abends 8.30 Uhr im „Möhlberg“. Referent: Stadtrat Gen. Riser (Durlach).
Genossinnen und Genossen! Sorat allerorts für beste Vorbereitung und für Massenbesuch dieser Versammlungen.

Gewerkschaftliches

Köln, 11. Nov. Für die Betriebe der Kölner Metallindustrie waren im vergangenen Jahre 90 Stilllegungsanträge eingereicht worden, in denen die Entlassung von rund 4500 Arbeitern angezeigt worden ist. Etwa die Hälfte davon ist tatsächlich durchgeführt worden. Im laufenden Jahr haben die Stilllegungsanträge eine erhebliche Steigerung erfahren.

Ausperrungsbeschluss in der Bielefelder Metallindustrie
Die Metallindustrie hat am Montag die Ausperrung der in den angeschlossenen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter beschlossen. Die Ausperrung wird am Dienstag abend in Kraft treten. Es werden von ihr etwa 8-9000 Arbeiter betroffen. Dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie sind außer der Fa. Baer und Kemmel und den Bielefelder Mele-Werken alle größeren Unternehmungen angeschlossen. Von der Ausperrung sind Lebrlinge und Wochenlöhner ausgenommen. — Das Reichsarbeitsministerium ist schon von den Tarifvertragsstellen benachrichtigt worden; auch die Stabverwaltung Bielefeld soll um ihre Vermittlung angegangen werden.

Lohnkonflikt in der Rheinschiffahrt
Die Verhandlungen der Rheinschiffahrt (Arbeitgebergruppe) mit den Gewerkschaften über eine Neuregelung des Lohn- und Gehaltsstarifes sind endgültig gescheitert.

Lohnstreik in der Textilindustrie
In Nordhorn, 11. Nov. In dem heute unter Vorsitz des Schlichters von Westfalen geführten Verhandlungen im Lohnstreik in der Textilindustrie einigten sich die Parteien dahin, in einigen Tagen die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es befinden sich ca. 5000 Textilarbeiter im Streik.

Aus dem Gerichtssaal

Ein Freispruch
Das Schwurgericht verhandelte gestern nachmittag gegen zwei Kommunisten wegen Vergehens gegen § 110 R.St.G.B. (Unföhrung zum Ungehorsam gegen eine behördliche Anordnung). Sie hatten am 25. April ds. Js. vor den Toren zweier Fabrikbetriebe in Durlach Handzettel verteilt, worin zum Behuf einer für Sonntag, 27. April, geplanten kommunistischen Demonstration Versammlung eingeladen wurde. Diese Verammlung war aber mit Rücksicht auf eine schon früher für den gleichen Tag angemeldete nationale Kundgebung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung von der Karlsruhe Polizeidirektion verboten worden. Die Angeklagten machten geltend, daß sie von dem Verbot wohl gekannt, aber den Inhalt des Flugblattes nicht gekannt hätten. Das Gericht kam zur Freisprechung der beiden Angeklagten.

Politische Prozesse

Vor dem Einzelrichter in Karlsruhe wurde am Dienstag eine Privatklage des Generals der Infanterie a. D. Lubendorf in München verhandelt, die sich gegen den Hauptinspektoren Geißl. Rat Dr. Th. Meyer und den für die Politik verantwortlichen Schriftleiter Dr. Müller-Reif vom Badischen Beobachter richtete. In diesem Blatte war am 22. Februar ds. Js. ein Artikel erschienen, der einen Auszug aus der Tannenberg-Bundeschrift brachte, worin Bezug genommen war auf den Münchener Brief vom 9. November 1929. Es hieß dort u. a.: Lubendorf stellte sich ihm (Geißl) selbstlos zur Seite. In Klammer war seitens der Schriftleitung die Bemerkung eingefügt worden: „und legte sich ihm, als es sich zur Seite“. Darin erwiderte der Privatkläger den Vorwurf der Verleumdung. Das Urteil lautete gegen beide Beklagte auf je 300 Mark Geldstrafe, eventuell 30 Tage Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils.
In einem zweiten Prozeßhandlung handelte es sich um eine Beleidigungsklage des Leiters der NSDAP und Schriftstellers Robert Wagner gegen den Schriftleiter Dr. Müller-Reif. Dieser hatte in der Nr. 93 des Badischen Beobachter vom 4. April 1930 einen Auszug aus der Broschüre des früheren nationalsozialistischen Agitatoren Friedrich übernommen, worin u. a. gelangt wurde: „Wagner rügt obliche Parteigenossen, die nicht alles leben wollen, was mit An-

Gegen üblen Mundgeruch. „Ich will nicht verümen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur reine weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Sie „Chlorodont“ ausbleichen“ geg. E. G. Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mk., und wolle jeden Erfolg dafür zuzuh.

stand und Ehrlichkeit in Widerspruch steht“. Durch diese Behauptung und ihre Wiedergabe fühlte sich Wagner verletzt. Der privatklägerliche Vertreter erklärte, daß es sich bei Friedrich (der bekanntlich einst Agitator der Nationalsozialisten war) um einen „geistestranken Querulanten“ handelt, gegen den verschiedene Haftbefehle laufen. Er befindet sich heute im Elß. Der Einzelrichter kam zur Verurteilung des Dr. Müller-Reif zu 200 Mk. Geldstrafe, eventuell 20 Tagen Gefängnis, sowie Veröffentlichung des Urteils.

Aus der Stadt Durlach

Das wahre Gesicht der Durlacher Kommunistenführer
Mit gewaltigem Propagandaaufwand versuchen die Kommunisten, die Arbeiter, vor allem aber die Arbeitslosen, für sich zu gewinnen. Es wird dabei, wie immer üblich, der Schein erweckt, daß es nur die KPD sei, die für die Interessen der Arbeiter einsteht. Die Durlacher Kommunisten benutzen die Notlage der Durlacher Arbeiter, in erster Linie die große Zahl von 1600 Erwerbslosen, um ihre Ziele zu erreichen! Diese Ziele sind aber bestimmt nicht darauf gerichtet, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern der Hauptzweck ist, sich selbst durch Eratierung von Mandaten Vorteile zu verschaffen.

Das Haupttätigkeitsgebiet der Kommunalpolitik ist auf Grund der riesigen Arbeitslosigkeit die soziale Fürsorge! Als Fürsorgeausführungsmittel der Kommunisten fungierte bisher der bekannte Gustav Stadler, dessen Aufgabe darin bestand, die Arbeitslosen und Fürsorgeunterstützten fortgesetzt mit seiner großen Fürsorgefähigkeit vertraut zu machen. Täglich hatte er den Notleidenden zu erzählen, was er im Fürsorgeamt alles leisten kann und geleistet hat. Nur er soll denjenigen nützlich sein, der für die Arbeitslosen alles Erdentbare vollbracht! Hunderte Arbeitslose haben diesen Worten vielleicht geglaubt! Es sind uns einige Dutzend Fälle verlässlich bekannt, wo Bedürftige im guten Glauben dem tapferen Helfer für die anständig geleistete Arbeit mit einer Gegenleistung in Form einiger Glas Bier entgegenkamen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß all diese angeblichen Leistungen des Stadler ein böser Witz sind! Stadlers Tätigkeit im Fürsorgeamt bestand im Anhängen der Stillschließungen.

Die Tätigkeit des Stadler hat aber noch dunklere Punkte! Er hat auch versucht, seine Fürsorgefähigkeit zu sexuellen Zwecken zu missbrauchen. Die Frauen U. und M. aus Durlach, deren Männer erkrankt und in Kurarrest waren, hatten erfahren, daß Stadler der gealterte Mann sei, um ihnen zu helfen. Stadler hat bei Aufsuchen dieser Frauen in ihren Wohnungen versucht, sich den Frauen in unzüchtiger Weise zu nähern. Der Versuch wurde von den Frauen abgewiesen! Bedauerlicherweise haben es die Frauen damals bei der Abwehr bemerken lassen, anstatt den Vorfall sofort dem Fürsorgeamt zu melden. So hat eine Durlacher KPD-Königin aus!

Ein Herr Stadler wesenverwandter Zeitgenosse ist der Stadtrat Weinbrecht. Getreu dem Grundsat „Lüge, List, Verschlagenheit“ hat er dem Stadler die Stange gehalten. Am 16. August hat er ihn noch in der Arbeitersitzung in den höchsten Tönen herausgeschrien. Wir können dem Stadtrat Weinbrecht das unumstrittene Zeugnis ausstellen, daß seine Parole heißt: „Politik ist für ihn Geschäft.“

Wenn der Stadtrat Weinbrecht nicht mehr in die Lage verliert wird, aus seiner politischen Tätigkeit finanzielle Vorteile zu ziehen, wird es mit seinen großen Titeln bald vorbei sein. Auf Grund der gemeinen KPD-Lügen, hauptsächlich eines Stadler und Weinbrecht, die in erster Linie gegen die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler gerichtet waren, hat es die KPD, zu einer bestimmten Wählererschaft gebracht. Für diese ist es an der Zeit, ihren Führern, oder eigentlich Verführern, nicht aufs Maul, sondern auf die Finger zu zeigen!

Was in Durlach auf dem Gebiet der Fürsorge geleistet wurde, und diese Leistung kann sich sehen lassen, ist unter Führung der Sozialdemokraten geschehen.

Die KPD hat nichts anderes vollbracht, als eine gesunde sozialistische Gemeindepolitik zerstört. Ein Aufstieg der Arbeiterbewegung verbirgt nur eine starke Sozialdemokratie. Wer kommunistisch wühlt, schädigt sich und die gesamte Arbeiterbewegung. Die Reinheit der Arbeiterbewegung gebietet, sich von Leuten wie Weinbrecht — Stadler zu wenden.

Deshalb keine Stimme der KPD! Wählt nur die Liste der Sozialdemokratischen Partei!

Letzte Nachrichten

Einzelhandelsverband gegen Preislenkung
Berlin, 12. Nov. (Hunddienst.) Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels hat in der Frage des Preisabbaues im negativen Sinne Stellung genommen. Auch sie weiß nichts Besseres zu sagen, als das eine, daß zur Senkung der Preise unbedingt Selbstkostenverringering notwendig sei. Weiter behauptet sie, daß die Preise im Lebensmittelhandel für eine erhebliche Anzahl von Waren bereits gesenkt worden wären. Die Hauptgemeinschaft operiert mit unrichtigen und irreführenden Zahlen. Sie sagt, die Mehlpreise seien um 3 bis 4 Prozent gesenkt worden. Wohl liegt der Roggenmehlpreis 2 Pfennig unter dem des Vorkrieges, dagegen haben die Preise für Weizenmehl um 3 Pfennige höher.

Frick macht in Hausdurchsuchungen
Weimar, 12. Nov. (Hunddienst.) In Thüringen werden zur Zeit allerhand Hausdurchsuchungen vorgenommen, weil die Nationalsozialisten Leute ermitteln wollen, die Unterleuten in der Polizeianglegenheit geliefert haben sollen. So wurde am Dienstag bei dem demokratischen Oberverwaltungssekretär Müller in Sondershausen hausgesucht. Man überrte nach einem Brief, der von Dr. Dieckel dem Geschäftsführer des Reichsbanners in Weimar an Müller gerichtet wurde. Der Brief ist von irgend einer Stelle unterschlagen und fotografiert worden, bevor ihn Müller erhielt. Nun möchte man unbedingt das Original haben. Auch bei Dr. Dieckel wurde hausgesucht und die Korrespondenz beschlagnahmt. Ebenso bei einem ehemaligen Landespolizisten in Weimar. Wie verlautet, sind diese Aktionen vom Untersuchungsrichter in einem Disziplinerverfahren gegen Müller in Sondershausen veranlaßt worden.

